

72 17-07-1992

„Unendliche Geschichte“ der neuen Kläranlage

Im Bodenheimer Verbandsgemeinderat Diskussion über Gesamtkosten / Aufwendige Schlamm-trocknung

kss. VG BODENHEIM — Das Thema „Kläranlage“ läßt den Verbandsgemeinderat nicht los. Während der Ratssitzung am Mittwoch befaßten sich die Fraktionen mit der Kostenentwicklung, nachdem die SPD die Auffassung vertreten hatte, daß die stetige Steigerung der Ausgaben nicht nachvollziehbar sei.

Bürgermeister Gerhard Krämer lieferte deshalb den Ratsmitgliedern eine detaillierte Kostenaufstellung. Er erläuterte, daß durch die aufwendige Klärschlamm-trocknung und Lagerung die finanziellen Aufwendungen enorm gestiegen seien und stellte die „Geschichte“ der Kläran-

lage dar. Habe man bereits im Jahr 1975 den Auftrag für die Erweiterung vergeben, so sei erst sieben Jahre später der dritte Planungsentwurf von der Bezirksregierung genehmigt worden. 1984 ging die Verwaltung noch von Gesamtkosten in Höhe von 6,8 Millionen Mark aus. Nach der Forderung der Bezirksregierung nach einer anderen Schlamm-pressen kam es dann zu Mehrkosten von 2,3 Millionen Mark.

Nach der Umplanung waren die Aufwendungen bei 10,5 Millionen Mark angelangt, nach einer weiteren Überarbeitung bei 13,5 Millionen. In dieser letzten Variante aus dem Jahr

1987 waren etwa der Ablaufkanal zum Rhein mit 500 000 und ein Regenüberlaufbecken mit 2,6 Millionen Mark berücksichtigt. Vor drei Jahren schließlich wurden die Leistungen vergeben, danach verschärften sich jedoch die Einleitungsbestimmungen. Konsequenz davon waren Mehrkosten in Höhe von 3,6 Millionen Mark. Mittlerweile hat die Kläranlage insgesamt 22 Millionen Mark verschlungen. Stets habe die Verwaltung deutlich gemacht, so Krämer, daß in der ersten Kalkulation „eine Reihe von Positionen nicht enthalten“ gewesen sei. So etwa die dritte Reinigungsstufe.

Thomas Glück, Fraktionssprecher der SPD, bemängelte vor allem, daß die Diskussion über die Mehrkosten erst jetzt geführt werde. „Warum wurden nicht alle Ansätze von vornherein ins Investitionsprogramm aufgenommen?“, wollte er vom Bürgermeister wissen. Allein 40 Sondervergaben seien im Werksausschuß behandelt worden, ob dies „sein mußte“, sei fraglich. Zu bedenken gab Glück, daß die Mehrkosten den Bürgern durch höhere Gebühren auferlegt würden. „Warum hat die SPD nicht rechtzeitig nachgefragt?“, entgegnete Hans-Edmund Knab (GAL). Die neue Kläranlage sei vor-

bildlich und leiste einen Beitrag zu einem sauberen Rhein. Seine Fraktion schlage allerdings vor, die Preissteigerungen zwischen 1987 und 1989 nicht den Bürgern, sondern der Verbandsgemeinde aufzuerlegen.

Rudi Hock vertrat für die CDU die Auffassung, im Werksausschuß seien alle Arbeiten eingehend beraten worden, und es habe Gelegenheit zur Diskussion bestanden.

„Wenn wir uns nicht zum Neubau entschlossen hätten, wären auf die Entgeltzahler enorme Gebühren zugekommen“, meinte Bürgermeister Krämer abschließend (weiterer Bericht folgt).